

hinderte Forscher zu keiner Zeit, das Kalibergwerk als Versuchslabor für Gorleben zu nutzen. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke warnte einerseits vor „Kurzschlüssen“. Jeder Salzstock sei „individuell“ und habe seine eigene Struktur. Gerade die geologischen Besonderheiten seien nicht eins zu eins von der Asse auf Gorleben übertragbar. Aber die Betreiber der Asse selbst hätten bis in die jüngste Zeit die Pilotfunktion für Gorleben hervorgehoben. Zum einen sind sogenannte „in-situ-Versuche“ durchgeführt worden, indem radioaktive Abfälle, mit Zement und tritiumhaltigem Wasser angemischt, durch Röhren in unterirdische Kavernen geleitet wurden. Zum anderen wurden radioaktiv strahlende Kobalt-60-Quellen eingebracht, um zu studieren, wie sich Salz verhält, wenn es erwärmt wird.

Das hochbrisante Projekt, mit wärmeentwickelnden hochradioaktiven Kokillen aus der US-Atomfabrik Hanford unter Tage zu experimentieren, wurde Anfang der 1990er Jahre nach massiven öffentlichen Protesten zwar gestoppt. Namhafte Gorleben-Befürworter wie der Bergbau-Professor Klaus Kühn setzen jedoch unverdrossen auf Salzgestein als Endlagermedium. Kühn bescheinigte der Asse sogar noch Sicherheit, als die Lauge schon floß. Ehmke: „In Gorleben gab es Laugennester und ungeklärte Wasserzuflüsse in der Phase des Abteufens der Schächte. Geologen warnen vor den Wasserwegsamkeiten und dem porösen Deckgebirge. Das Vertrauen in wissenschaftliche und politische Redlichkeit bei der Endlagerforschung und -suche wird gerade vollends verspielt!“ Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), in dessen Wahlkreis die Asse liegt, mache sich gerade stark für ein Versuchslabor in Gorleben. Das bisher geltende Moratorium für Gorleben endet im Jahr 2010. ●

Atomwirtschaft

Bürgerinitiative erzwingt bei Cuxhaven die Absage eines Atommüll-Projektes von Eon

Begeistert gibt sich in einer Mitteilung vom 24. Juni 2008 die Bürgerinitiative „Gegen e.on-DEKONTA-Ansiedlung“ (GEDA) in Sandstedt in der Samtgemeinde Hagen im Landkreis Cuxhaven in Niedersachsen über ihren Erfolg: „Die Mitteilung der Samtgemeinde Hagen über den Verzicht der Eon-Tochterfirma Dekonta auf die geplante Errichtung einer Atomanlage nahe der Autobahn A 27 ist so ungefähr das schönste Sommeranfangs-Geschenk, das man sich vorstellen kann“, schwärmte GEDA-Sprecherin Gitta Brede: „Wir betrachten den Rückzug von dem Projekt als einen eindeutigen Erfolg unserer Arbeit und unserer breiten Verankerung in der Bevölkerung Sandstedts und seiner Nachbargemeinden.“

Auf einem 20.000 Quadratmeter großen Gelände im Gewerbegebiet von Sandstedt im Landkreis Cuxhaven, nahe der Autobahn A 27, wollte der Eon-Energiekonzern, der kaum 15 Kilometer entfernt in Esenshamm an der Unterweser ein Atomkraftwerk betreibt, seine Tochterfirma Dekonta radioaktiv verseuchte Wäsche waschen lassen und dafür 15 Millionen Euro investieren. Der Gemeinderat Sandstedt und die Samtgemeinde Hagen wollten dies gestatten und sogar mit Steuergeldern fördern. Gestützt auf Angaben der Firma Dekonta hatte die Verwaltung erklärt, es gehe vor allem um „Wäsche aus kerntechnischen Anlagen, Isotopenlaboren und nuklear-medizinischen Anlagen“. Der Bürgerinitiative GEDA war jedoch ein ver-

trauliches Dokument der Dekonta zugespielt worden, in dem ausdrücklich auch von der Dekontamination radioaktiven Schrotts die Rede ist. Für den Anfang sollten wöchentlich acht Tonnen Wäsche und eine Tonne Schrott behandelt werden und in wenigen Jahren ein Vielfaches davon: zunächst 250 und später 450 Transporte mit radioaktiv strahlendem Material sollten dort über die Straßen rollen.

Nach Ansicht der Bürgerinitiative hat vor allem der massive öffentliche Druck, der durch Unterschriftensammlung, Demonstrationen sowie durch die Ankündigung eines Bürgerbegehrens für einen Bürgerentscheid erzeugt worden ist, dazu beigetragen, daß die Firma Dekonta von ihrem Vorhaben Abstand genommen hat. „Eine angebliche Wäscherei für verstrahlte Kleidung mit völlig unklaren Optionen bezüglich eventueller Erweiterungen bis hin zu einem nicht auszuschließenden atomaren Zwischenlager war und ist bei den Menschen der Region nicht durchsetzbar“, stellte die GEDA-Sprecherin fest.

Zugleich betonte Brede, die vielen Menschen, die sich im Widerstand gegen die Dekonta-Atomanlage zusammengeschlossen haben, würden nicht nachlassen in ihrer Wachsamkeit, daß dergleichen nicht auf Umwegen so oder anders erneut versucht werde: „Wir werden mit den Gemeinderäten Sandstedts den Dialog suchen, um gemeinsam breit getragene Zukunftsoptionen für das Dorf und die Region zu entwickeln.“ Eine scharfe Absage erteilte Brede

im Namen der Bürgerinitiative allen Versuchen, vor allem der Samtgemeindebürgermeisterin Susanne Puvogel (SPD), hinsichtlich der Dekonta-Absage der Bürgerinitiative die Verantwortung für einen angeblichen Schaden für die Gemeinde infolge der Absage des Unternehmens oder für „Risse in der Bevölkerung“ zuzuschieben. „Der Region geht eine große Chance für die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung verloren“, hatte die Bürgermeisterin erklärt, der man „mindestens 30 neue Jobs“ versprochen hatte. BI-Sprecherin Gitta Brede: „Wer so leichtfertig und geheimniskrämerisch potentiell riskante Ansiedlungsprojekte durchzupauen versucht, wie Politik und Verwaltung es im vorliegenden Fall getan haben, darf sich nicht wundern über ein Echo, wie wir es erzeugt haben.“ Und an die Adresse der Firma Dekonta formulierte Brede abschließend die Warnung: „Wir werden unseren Widerstand bundesweit publik machen, um andere Gemeinden rechtzeitig zu warnen.“ ●

Buchmarkt

„Opposition in beiderlei Gestalt“

Seit Beginn der Sanierung der Gebiete des Uranerzbergbaues der früheren Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut in Sachsen und Thüringen begleitet der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg diesen Prozeß mit Engagement, fachlicher Kompetenz und konstruktiver Kritik. In diesem Jahr begeht er sein 20-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß bereitet er für den 22. November 2008 in Ronneburg ein Fachkolloquium vor und hat dazu jetzt bereits den ersten Teil eines Chronikbandes vorgelegt. Er trägt den Titel „Opposition in